

II-3769 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1945/J

1991 -11- 13

A N F R A G E

der Abgeordneten DDr. Niederwieser, Dr. Keppelmüller, Dr. Müller,
Mag. Guggenberger, Strobl
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Kunststoffverbrauch und -wiederverwertung

Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie des Europäischen Zentrums für Kunststoffe werden in Europa nur etwas mehr als 20 % des anfallenden Plastikabfalls ein zweites Mal verwendet. Der Großteil davon landet als Brennstoff in einem Kraftwerk, nur etwa 7,5 % werden stofflich im Sinne einer ökologischen Kreislaufwirtschaft recycelt, wobei aus dem Großteil nur minderwertige Kunststoffprodukte hergestellt werden.

Bezogen auf einzelne Wirtschaftssektoren geht mit 33 % der größte Anteil des Kunststoffverbrauches zu Lasten der Verpackungsindustrie. Ein Fünftel wird im Baugewerbe eingesetzt, während 10 % in der Elektronik, 7 % in der Auto- und Transportindustrie und 5 % in der Landwirtschaft Verwendung finden. Eine Sortierung des in tausenden unterschiedlichen Verbindungen und Mischungen auf den Markt gebrachten Kunststoffmülls zu sortenreiner Ware scheitert an Kosten, mangelnder Kennzeichnung und organisatorisch-logistischem Aufwand.

Viele Verwendungszwecke des Plastiks können als unnötig gelten. So kommen jährlich in der BRD rund 150 Millionen Stück oder 600.000 Kilogramm Plastikmüll allein durch Plastikwaschmittel-Meßbecher auf den Markt. In Amerika dagegen gibt es schon seit Jahren einen lang haltbaren Einheitsbecher, der ordnungsrechtlich vorgeschrieben ist.

Aus Sorge über die aufgezeigten Entwicklungen richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

- 2 -

A n f r a g e:

1. Welche Mengen an chlorfreien und chlorhaltigen Kunststoffen werden in Österreich in Verkehr gesetzt?
Nehmen diese Anteile am Müllaufkommen zu oder ab und inwieweit entsprechen sie den in der Einleitung aufgezeigten europäischen Werten?
2. Welche ordnungsrechtlichen Maßnahmen planen Sie, um die Verwendung von unnötig vielen Kunststoffmischungen und/oder unnötigen Verwendungsformen einzudämmen?
3. Welche marktwirtschaftlichen Lösungsansätze planen Sie, um die Kunststoffabfälle einzuschränken?
4. Welche Möglichkeiten sehen Sie darüberhinaus, die Industrie zu veranlassen, weniger Kunststoff einzusetzen bzw. auf umweltverträglichere Kunststoffe umzusteigen?
5. Welche Initiativen haben Sie bereits gesetzt oder planen Sie, um die Verbraucher besser über umweltfreundliche Kunststoffe aufzuklären?
6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um das Kunststoffrecycling, nicht zuletzt durch eine verpflichtende Kennzeichnung der Kunststoffe, weiter voranzutreiben?
7. Sind Sie bereit, dem Nationalrat im Rahmen des im nächsten Jahr fälligen Bundesabfallwirtschaftsplan auch ein Konzept über die Vermeidung von Kunststoffabfällen bzw. deren besseren Verwertung vorzulegen?